Nr. 67 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 10. März 1926

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13697, 17198. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: ...teile, 22 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 2.—; ...zeile, 61 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—; ...das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 10 v. H. ...gebühren. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. ...Verrechnung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten ...und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

## Vor neuen Schwierigkeiten

Der Vorfall im Adlon ist noch immer nicht geklärt und aufgeklärt, um darüber einwandfrei urteilen zu können. Sicher scheint nur, trotz gegenteiliger privater Äußerungen von Entente-Mitgliedern, zu sein, daß ...Zwischenfall zu diplomatischen Erörterungen führen wird, die mindestens sehr unangenehm für uns ...werden zur Zeit, da wir auf eine beginnende Verständigung hofften. Ueber die vergiftenden Folgen ...Vorganges, die sich besonders in einer starken Hetze ...chauvinistischen Presse in Paris äußern werden, brauchen uns auch nicht die mäßigenden Stimmen wie die folgende täuschen. Nach einer Meldung aus Berlin soll dort nämlich bekannt sein, man habe in Kreisen der französischen Mission in Berlin nicht die Absicht, den Vorfall im Hotel Adlon zum Gegenstand einer diplomatischen Aktion zu machen. Man betrachtet die Angelegenheit vielmehr als einen Konflikt zwischen Angehörigen der chauvinistischen Kreise und französischen Offizieren, als einen Zusammenstoß zwischen Franzosen und Deutschen. Die Vorstellungen, die General Nollet bei der deutschen Regierung erhoben hat, halten sich durchaus in diesem Rahmen.

Nach den Erfahrungen, die wir bisher mit der Entente, und besonders mit Frankreich, in der Ausnutzung jeder Blöße oder auch nur scheinbaren Blöße Deutschlands bisher gemacht haben, zweifeln wir an der hier geäußerten friedfertigen Stimmung solange, bis wir die amtliche französische Aeußerung zu dem Fall vorliegen haben. Bis jetzt wissen wir nur das folgende:

⊙ **Berlin, 9. März.** (Eig. Drahtbericht.) **Die französische Gesandtschaft hat am Montag mittag die Anzeige der Wiedergutmachungskommission über die gegen sie gerichteten Angriffe auf drei Mitglieder der Kommission im Hotel Adlon der diplomatischen Erledigung angeführt. Schritte bei der deutschen Regierung werden erst nach Eingang der Stellungnahme der französischen Regierung erfolgen.**

+ **Berlin, 9. März.** (Eig. Drahtbericht.) **Das Auswärtige Amt hat sich, wie wir hören, nach dem Befinden des verletzten Hauptmanns Klein erkundigt. Gestern vormittag haben der französische Geschäftsträger in Berlin und der General Nollet beim Minister des Aeußern vorgesprochen. Die Regierung vermag bei der Beurteilung des ganzen Vorfalles die Tatsache nicht zu übersehen, daß die Einbringung ausländischer Missionen im Hotel Adlon von Amts wegen erfolgt ist. Darum muß es bedauert werden, daß gerade an dieser Gaststätte ein Zwischenfall erfolgt ist, der dem deutschen Ansehen nicht gerade zuträglich sein kann. Ein Teil der Verantwortung trifft darum ohne Zweifel auch die Hotelleitung, die es nicht für erforderlich gehalten hat, vorbeugende Maßnahmen zu treffen.** Wie wir weiter erfahren, bestreitet Prinz Joachim Albrecht nach wie vor, an den Radauszenen in irgendeiner Form beteiligt zu sein, und im besonderen, sich der geschilderten Exzesse schuldig gemacht zu haben.

⊙ **Berlin, 9. März.** (Eig. Drahtbericht.) **Außer dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen sind fünf weitere Mitschuldige der Vorgänge im Hotel Adlon gestern durch die politische Polizei festgenommen und in Schutzhaft eingeliefert worden. Unter den Verhafteten befindet sich, entgegen anders lautenden Gerüchten, kein Mitglied des Offizierkorps der Reichswehr.**

Wie weiter mitgeteilt wird, ist auch Rittmeister v. Plathen, der an dem Vorfall beteiligt war, gestern in Potsdam verhaftet worden. Er wurde dem Untersuchungsgefängnis in Moabit zugeführt. Heute, am Dienstag, wird das Gericht darüber entscheiden, ob die Haft des Prinzen Joachim Albrecht und des Rittmeisters v. Plathen aufrechterhalten oder aufgehoben werden soll. Wie verlautet, wurde gestern im Polizeipräsidium die Vernehmung fortgesetzt. Prinz Joachim Albrecht blieb bei seiner ersten Aussage, an den Ausschreitungen nicht beteiligt gewesen zu sein. Dem stehen aber belastend

**die Aussagen der beiden Kellner**

gegenüber, die während der Szene im Saale anwesend waren. Sie behaupten, daß der Prinz zunächst ein Weinglas nach dem Mittelstisch, wo die französischen Gäste saßen, geworfen und dann den auf seinem Tisch stehenden Leuchter mit einem brennenden Licht ergriffen habe, um ihn ebenfalls nach den Franzosen zu werfen. Durch ihr Dazwischentreten sei der Prinz daran gehindert worden. Graf Westarp, der ebenfalls die beschriebenen Vorgänge gesehen haben will, war trotz Aufforderung nicht im Polizeipräsidium erschienen. Die zahlreichen Gäste, die Zeugen des Vorfalles gewesen sind, gaben bei ihrer Vernehmung an, daß sie nichts von einem Angriff des Prinzen auf die französischen Herren gesehen hätten. Auch bekannte auch der ehemalige russische Staatsrat von Garfeld, der neben dem Prinzen gesessen hatte. Die Aussagen der Kellner stehen danach mit denen der Gäste in schärfstem Widerspruch. Der Prinz ist auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft dem ersten Staatsanwalt Dr. Weismann überwiesen worden, der die Untersuchung der Angelegenheit weiterführen wird.

An einer raschen und gütlichen Beilegung des Vorfalls zweifeln wir um so mehr, als sich leider zu ihm

**ein Gegenstück in Bremen**

stellt, bei dem auch französische Offiziere die Rolle der Missetäter spielen.

Das Wolff-Bureau meldet hierzu aus Bremen: In einem bedauerlichen Vorfall kam es hier auf dem Kasernenhofe. Von der zur Zeit sich hier aufhaltenden Interalliierten Militärkommission, bestehend aus Italienern, Engländern und Franzosen, begaben sich zu Verhandlungen zwei höhere französische Offiziere in Militäruniform in die Kaserne. Beim Betreten sangen die dort anwesenden Soldaten „Deutschland, Deutschland über alles". Infolgedessen sammelte sich eine größere Menschenmenge an. Als die Offiziere aus dem Kasernengebäude zurückkamen, wurden sie von der Menge angehalten und mißhandelt. Die inzwischen alarmierte Sicherheitspolizei zerstreute die Menge und brachte die Offiziere in ihre Quartiere. Die Untersuchung über diese Vorfälle ist sofort eingeleitet worden.

An diesem Angriff auf die französischen Offiziere erfahren wir noch, daß den Offizieren, die Uniform trugen und sämtliche Orden angelegt hatten, vom Generalkommando empfohlen worden war, bei ihrem Besuch Zivil zu tragen, um etwaige Zwischenfälle zu vermeiden. Diesem Ersuchen leisteten die Offiziere jedoch nicht Folge. Auf dem von der Kommission besuchten Kasernenhof erklärte ein deutscher Unteroffizier, in einem französischen Offizier einen Lagerkommandanten wiederzuerkennen, der die deutschen Gefangenen schlecht behandelt hätte. Auf der Straße, wo es dann zu Zusammenstößen zwischen Offizieren und der sich inzwischen angesammelten Menschenmenge kam, sollen einem Offizier die Achselstücke abgerissen worden sein. Ein andrer fiel zu Boden und erhielt durch einige Teilnehmer der Ansammlung, anscheinend ehemalige Kriegsgefangene, einige Stöße. **Verletzungen haben die Offiziere nicht davongetragen.**

Ein zweiter Zwischenfall ereignete sich am Priehl. Dort stellten zwei französische und ein italienischer Offizier einen Mann in Feldgrau zur Rede, den sie für einen Angehörigen der Reichswehr hielten, weil er ihnen nicht die militärische Ehrenbezeigung erwiesen hatte. Dieses unberechtigte Verlangen wurde allerdings zurückgewiesen. Es entspann sich ein lebhafter Wortwechsel, der schließlich, da sich auch die Umstehenden einmischten, in eine für die fremden Offiziere sehr empfindliche Prügelei ausartete. Polizeipatrouillen befreiten die Offiziere und brachten sie in Sicherheit. Am Abend verließ die fremde Kommission wieder Bremen.

Diese Vorgänge sind überaus bedauerlich, nicht allein deshalb, weil sie uns unmittelbar neue Unannehmlichkeiten bereiten und wahrscheinlich neue Geldopfer durch sie notwendig werden, sondern viel mehr noch, weil ihre Folgen weiter reichen können, als sich im ersten Augenblick ablehen läßt. Sie sind geeignet, uns nun, nachdem wir mit ungeheuren Opfern eine Anerkennung unseres guten Willens erzwungen haben, dahin zurückzuwerfen, wo wir am Ende des Krieges standen, auf den Posten des von aller Welt angefeindeten, unerträglichen Ruhestörers. — Diese Gefahr ist so furchtbar, daß neben ihr das sonst anerkennbare Gefühl des Nationalstolzes erheblich zurücktreten muß.

Der einzelne hat heute kein Recht zur Befriedigung seiner persönlichen Rachegelüste oder zur Bestätigung seines Begriffs von Nationalehrgefühl sich zu Dummheiten hinreißen zu lassen, unter deren Folgen das ganze Volk leiden muß. — Daß die Ententeoffiziere nicht ganz unschuldig an den Vorgängen sind, kann man wohl annehmen; ihnen gute Ratschläge zu geben, sind wir nicht berechtigt, noch hat es einen Zweck.

### Sonderzüge für die Abstimmungsfahrt

* **Berlin, 9. März.** Zu der Abstimmung in der zweiten Zone in Schleswig-Holstein, die am 14. d. M. erfolgen soll, wird die Eisenbahnverwaltung wieder für schnelle und bequeme Reisegelegenheit sorgen. Von einer Reihe Großstädte, z. B. Frankfurt a. M., Köln, Dresden und Berlin, aus werden Sonderzüge die Abstimmungsberechtigten nach Hamburg bringen, wo die Reisenden am Nachmittag oder Abend des 14. eintreffen und von dort durch besondere Züge ihrem Reiseziel so nahe als möglich gebracht werden. Von Berlin aus ist zunächst nur ein Sonderzug vorgesehen. Sollte diese Reisegelegenheit nicht ausreichen, so wird für beide Richtungen ein zweiter Sonderzug bereitgestellt.

*

### Der Kampf um Flensburg

In Kopenhagen wurde, wie das Wolff-Bureau meldet, eine Massenkundgebung für den Anschluß Flensburgs an Dänemark veranstaltet, bei der sich ein Demonstrationszug von 100 000 Mitgliedern nach dem Amalienborgplatze bewegte. Der König erschien mit der Königin auf dem Balkon des Schlosses und hielt eine Ansprache an die Menge, in der er wünschte, daß alle Dänen unter Dänemark kommen möchten. Er glaube, daß man der Zukunft mit guter Zuversicht entgegensehen könne. Der Flensburger Redakteur Andreas Grau hielt darauf eine Ansprache an den König und sagte, daß Flensburg sich mit Freuden unter das milde Zepter Dänemarks stellen würde. Er schloß mit einem Hoch auf den zukünftigen König Flensburgs.

*

### Die Stimmung in Flensburg

⊙ **Kiel, 9. März.** (Eig. Drahtbericht.) Aus Flensburg wird gemeldet: Die ganze Stadt erwartet in atemloser Spannung ihre Zukunft. Jede Initiative ist zum Stehen gekommen, alle Geschäfte warten. Die Stimmung ist gedrückt und der Wahlkampf ist mit großer Erbitterung geführt worden. Unter den Flensburger Deutschen läuft das Gerücht, daß, falls die Abstimmung in der zweiten Zone sich als ungünstig für die Dänen erweisen sollte, diese unter englisches Protektorat gestellt werden sollten.

### Die Versorgung Danzigs

* **Danzig, 9. März.** Infolge Ernährungsschwierigkeiten hat der Oberkommissar Tower angeordnet, daß in Schweden 2000 Tonnen Roggen im Austausch gegen Waren gekauft und der Danziger Brotversorgung zugeführt werden.

### Die Polen in Oberschlesien

+ **Breslau, 9. März.** (Eig. Drahtbericht.) Die „Schlesische Zeitung" meldet: **Auf Drängen der polnischen Chauvinisten ist es gelungen, die interalliierte Kommission in Oppeln dazu zu bewegen, daß die Sicherheitswehr lahmgelegt wurde, indem ihr jede wirksame Bewaffnung abgenommen wurde. Da durch den Amnestieerlaß der Kommission auch die polnischen Putschisten freie Hand bekommen haben, droht Oberschlesien eine neue schwere wirtschaftliche Katastrophe.**

### Ein Danktelegramm Wilhelms II.

⊙ **Rotterdam, 9. März.** (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus dem Haag soll der ehemalige deutsche Kaiser dem niederländischen Staatsministerium aus Amerongen in einem überschwänglichen Danktelegramm für die ablehnende Stellungnahme in der Auslieferungsforderung der Alliierten seine Erkenntlichkeit ausgesprochen haben. Das Telegramm habe im Haag peinlichsten Eindruck hervorgerufen.

### Das Zentrum hält fest zur Koalition

ITA. **Köln, 9. März.** (Eig. Drahtbericht.)

**Das Ausscheiden Erzbergers aus dem Kabinett, mit dem man mit Sicherheit rechnen muß, wird, wie das führende rheinische Zentrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung", schreibt, ohne Einfluß auf den Bestand der Koalition bleiben. Die Hoffnung der Opposition auf der Rechten, daß es anders wird, ist eitel. Aber wir müssen diese Feststellung auch nach einer andern Richtung hin machen, weil wir unbedingte Klarheit in der Politik für unumgänglich und jedes Schwanken in Dingen, die nun einmal notwendig sind, für verderblich halten. Dem sogenannten rechten Flügel im Zentrum sage man den Wunsch und die Absicht nach, das Steuer der Zentrumspolitik nach dem Ausscheiden Erzbergers mehr nach rechts zu drehen. In der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung gibt es eine derartige Strömung nicht. Im Land draußen ist eine solche Strömung allerdings vorhanden. Das ist zuzugeben, aber auch dabei ist zu beachten, daß keineswegs von allen denjenigen, die sich zum rechten Flügel der Partei rechnen, die Koalitionspolitik unbedingt verworfen wird. Ihre Notwendigkeit ist vielmehr auch von sehr beachtenswerten Vertretern dieser Richtung, solange die gegenwärtigen Umstände fortdauern, rückhaltlos anerkannt worden. Wo aber das Verlangen, das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ohne Rücksicht auf die Gesamtlage preisgegeben, hervortritt, ist es notwendig, die Unerfüllbarkeit solcher Wünsche klarzulegen. Auch nach dem Ausscheiden Erzbergers sind sie unerfüllbar. Es ist zwar richtig, daß Erzberger als Vorsitzender der Koalition am stärksten hervorgetreten ist. Entscheidend ist jetzt aber allein die Frage, ob zur Zeit eine andre als die derzeitige Regierungsmehrheit möglich ist.**

### Zur Kandidatur Hindenburgs

* **Köln, 9. März.** Zur Kandidatur Hindenburgs meint die „Köln. Ztg.", die Hoffnung, daß diese Kandidatur von allen politischen Parteien unterstützt werden würde, habe keine Aussicht auf Verwirklichung. Aus menschlichen Gründen sei die Kandidatur darum ein Unrecht, aus nationalen Gründen ein Fehler, der verhängnisvoll werden könnte. Um die Eckehardgestalt eines Hindenburg würde ein Kampf entbrennen, der den entzweienden Fanatismus alles bisher Erlebten in den Schatten stellen würde. Der Umsturz durch die Reaktion würde die Folge, das bolschewistische Chaos oder dauernde Abhängigkeit vom Auslande das Ende sein.

### Die Verwendung des Lebensmittelkredits

* **Berlin, 9. März.** Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die Verwendung der letzten Nahrungsmittelkredite ist, der „D. A. Z." zufolge, dem Reichsrat zugegangen. Nach diesem Bericht wurden ausgegeben über zwei Milliarden Mark für die Reichsfleischstelle, über 300 Millionen Mark für die Reichsfettstelle und über 100 Millionen Mark für die Reichskartoffelstelle. Die Höhe des neuen Kredits steht noch nicht fest. Sicher ist lediglich, daß er ausschließlich zur Senkung der Preise der Lebensmittel dienen soll.

### Antisemitische Ausschreitungen

* **Baden-Baden, 9. März.** Hier kam es in einer Versammlung zu antisemitischen Kundgebungen. Aus unbekannten Gründen schoß nach der Versammlung ein Student den Studenten Kahn, den Sohn eines Baden-Badener Bankiers, auf der Straße nieder. Der Student war sofort tot.

### Die Festsetzung der Entschädigungssumme

⊙ **Genf, 9. März.** (Eigener Drahtbericht.) **Nach einer Meldung des „Echo de Paris" wurde in der Sitzung der Wiedergutmachungskommission am Freitag der Arbeitsplan für die Monate April und Mai festgelegt. Entsprechend dem Antrag Englands und Italiens wurde der Termin für die Ueberreichung der Gesamtforderungen an Deutschland auf die zweite Maihälfte festgesetzt.**

*

### Frankreichs Gewinn

**Nach einer Havas-Meldung aus Lyon wies der französische Finanzminister in einer Ansprache an die Berichterstatter der Messe auf den Reichtum des durch die Wiedergewinnung zweier Provinzen in seinem Gebiete unversehrt wiederhergestellten Frankreichs hin und sagte: Frankreich wird zum ersten Elektrizitätserzeuger Europas und zum Besitzer der größten Wasserkräfte, die ihm fast 500 000 Pferdekräfte liefern werden, wonach noch acht Millionen Pferdekräfte auszunutzen blieben.** Der Minister wies auf die Fruchtbarkeit des Bodens und die ungeheure Ausdehnung des Kolonialreiches hin. Die französische Arbeitskraft getze sich in der bereits vollbrachten Leistung für den Wiederaufbau der befreiten Gegenden.

*

### Enthüllungen in Oesterreich

T. **Wien, 9. März.** (Eig. Drahtbericht.) Der „Pester Lloyd" veröffentlichte verschiedene Dokumente die Verhandlungen Béla Kuns mit dem gewesenen Staatssekretär des Aeußeren Dr. Bauer über die Ausrufung der Rätediktatur in Oesterreich im Sommer vorigen Jahres zum Gegenstand haben. Dr. Otto Bauer erklärte hierzu dem Herausgeber der Korrespondenz Herzog in Wien, daß diese Dokumente der Wahrheit nicht entsprechen. Wahr sei nur, daß er zu dem damaligen ungarischen Gesandten geäußert habe, eine Rätediktatur in Oesterreich würde sich keine 14 Tage halten und müßte unbedingt zusammenbrechen.

*

### Unter Vormundschaft der Entente

⊙ **Wien, 9. März.** (Eigener Drahtbericht.) Das „Extrablatt" meldet aus Budapest: Der alliierte Rat hat der ungarischen Regierung am 7. d. M. eine Note zustellen lassen, die das Mitinteresse der Alliierten an der inneren Staatsform Ungarns ausspricht. Die Note der Alliierten enthält keine Wiederholung der früheren Verwahrung gegen die Wahl eines Habsburgers.

*

### Die Verfolgungen in Budapest

T. **Wien, 9. März.** (Eig. Drahtbericht.) Aus Budapest wird gemeldet, daß in der Affäre Szamuely wiederum drei Personen verhaftet worden sind. Alle drei befanden sich auf der Flucht auf tschecho-slowakisches Gebiet.

## Stimmen aus dem fernen Osten

Unser früherer Korrespondent in Yokohama, der noch während des Krieges Artikel von China aus über Amerika sandte, die hier veröffentlicht wurden, sendet uns nach seiner Rückkehr die folgenden bemerkenswerten Ausführungen.

D. R.

Stimmen aus Japan sind's, die ich wiedergeben will: die eines japanischen Gelehrten und die eines englischen Journalisten. Der eine ist der Professor der Nationalökonomie Dr. Fukuda, der andre der Chefredakteur des „Japan Chronicle" in Kobe, Herr Robert Young.

Ich weiß natürlich, wie jeder Ostasien-Politiker, daß in Japan die Politik weder auf der Straße gemacht noch durch die Meinungen der gebildeten Laien wesentlich beeinflußt wird. Weder die innere noch die äußere. Und diese am allerwenigsten. Dennoch sind öffentliche Erklärungen wie die Professor Dr. Fukudas keineswegs wertlos. Um so weniger, als sie nicht die Auffassung eines japanischen Sonderlings darstellen, sondern nur wiedergeben, was Tausende und Tausende gerade der Besten im Volk der Japaner empfinden.

Im „Taiyo", einer der bekanntesten Zeitschriften Tokios, schreibt Dr. Fukuda:

„Es ist in der Geschichte mehr als einmal vorgekommen, daß sich verschiedene Mächte zusammengeschlossen haben, um eine einzelne Macht niederzuringen. Aber niemals ist es mir bei meinen Geschichtsstudien vorgekommen, daß man ein Volk in so unverhüllter Weise und so bis zum Aeußersten verfolgt hat, wie dies die Alliierten in ihrem Friedensvertrag von Versailles mit Deutschland tun. Wäre ich ein Deutscher, ich würde viel lieber mein ganzes Land den Engländern oder Amerikanern zum Geschenk anbieten als dulden, daß man mir einen derartigen Friedensvertrag aufzwingt, der nicht nur Deutschland als Großmacht demütigen, sondern es auch wirtschaftlich, industriell und kommerziell vernichten will. Sie wollen aus dem deutschen Volk internationale Sklaven machen, weiter nichts. Ich kann mich nicht zu der Anschauung vieler Japaner bekennen, daß Japan sich von der Friedenskonferenz zurückziehen sollte zum Zeichen des Protestes gegen den Widerstand der Angelsachsen der Rassenfrage gegenüber. Wohl aber sollte Japan sich weigern, einen so grausamen Friedensvertrag mit zu unterschreiben, wie es der von Versailles ist. Denn Japan hat noch nie ein Volk in grausamer Weise bedrückt, ist noch nie gegen ein fremdes Volk aggressiv aufgetreten. Ich glaube, die meisten Japaner wären damit einverstanden, aus diesem Grunde den Völkerbund zu verlassen. Dennoch wage ich nicht, meinem Volke einen derartigen Rat zu erteilen, denn ebenso grausam, wie England und Amerika gegen Deutschland vorgegangen sind, ebenso grausam könnten sie vielleicht, gereizt durch unsern Austritt aus dem Völkerbund, gegen uns vorgehen. Wenn ich aber offen reden darf, so hat Japan nicht den mindesten Grund, mitzuunterzeichnen, wenn Deutschland so harte Bedingungen auferlegt werden. Und kein Mensch auf der weiten Welt, der die Dinge unvoreingenommen und kühl betrachtet, kann wohl leugnen, daß die Bedingungen, die man Deutschland auferlegt, übertrieben hart sind. Sicherlich ist es nötig, den Deutschen solche Bedingungen aufzuerlegen, die es ihnen unmöglich machen, jemals wieder aggressiv aufzutreten. Aber eine ganze Reihe der Friedensbedingungen schießt über dieses wünschenswerte Ziel weit hinaus. Die Männer, die den Friedensentwurf aufgesetzt haben, beabsichtigen augenscheinlich nicht nur, Deutschland als Militärmacht zu vernichten, sondern sie wollen es ihm auch unmöglich machen, sich wirtschaftlich und kommerziell zu erholen. Und nun kommt uns noch die telegraphische Nachricht, daß die Verbandsmächte beabsichtigen, Deutschland wirtschaftlich zu isolieren, wenn es die Bedingungen des Vertrages nicht halten sollte. Das aber ist gegen den Geist des Völkerrechts; mehr noch, es ist gegen den Geist der Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Denn diese erfordern, daß Kriegsfragen durch Krieg ausgetragen werden, aber nicht durch nachträgliche Friedensmaßnahmen. Es ist schwachvoll, unmenschlich und ungerecht im höchsten Grade, ein Volk zu Tode zu hungern, weil es einen ihm aufgezwungenen Frieden nicht halten kann. Die Europäer und Amerikaner haben kein Gewissen mehr, der Krieg hat es ihnen geraubt. Aber wir Japaner sind der Ansicht, daß die Gewalttätigkeit und Tyrannei der Angelsachsen, wie sie aus diesem Friedensvertrag von Versailles ersichtlich werden, noch viel gefährlicher sind, als es die Gewalttätigkeit des deutschen Militarismus jemals gewesen ist. Ueber der Welt hängen dunkle Kriegswolken."

So der japanische Gelehrte, der hier, ich wiederhole es, nur das Sprachrohr der Mehrzahl der japanischen Gebildeten ist. Ihnen allen scheint die angelsächsische Tyrannei weit gefährlicher als der deutsche Militarismus, der Japan nie im Wege gestanden hat und dem Japan sich im innersten Wesen verwandt fühlt. Während der Zusammenschluß der Angelsachsen für Japan eine lebensgefährliche Drohung bedeutet.

Ich komme nun zu den Aeußerungen Robert Youngs. Ein Engländer, Leiter des englischen „Japan Chronicle". Sein Blatt ist das beste in englischer Sprache erscheinende im ganzen fernen Osten. Vollkommen unabhängig, von England wie von Japan, hat Robert Young die Sache Englands (besonders gegen Japan) immer mit aufrechtem Mut verfochten. Ich kenne den Mann persönlich, weiß, daß er nichts schreibt, was seiner innersten Ueberzeugung widerstreitet. Er schrieb in seinem Blatt:

„Präsident Wilson soll einem Vertreter des „Matin" gegenüber erklärt haben, der Versailler Friede stehe vollkommen im Einklang mit den von ihm niedergelegten vierzehn Punkten. Niemand darf Wilsons Aufrichtigkeit anzweifeln. Und dennoch scheint es mir, als ob zwischen dem von Wilson geplanten und dem in Versailles unterzeichneten Frieden denn doch ein gewisser Widerspruch klaffe. Durch die Eifersüchteleien und das Schachern der Friedensunterhändler wurde von den vierzehn Punkten so viel genommen, daß schließlich nicht mehr viel davon übriggeblieben ist. Es sieht sogar beinahe so aus, als habe man beschlossen, die vierzehn Punkte ganz und gar zu vergessen: als die unvorsichtigen Aeußerungen, die ein Idealist getan hat, als der Sieg noch mehr als zweifelhaft schien! Seither ist die Welt auch ohne diese vierzehn Punkte ruhig ihres Weges gegangen. Die Schrecken des Krieges sind fernabe ver-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200310/1